

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b> .....	1
1.1	Vorbemerkungen .....	1
1.2	Entwicklungsländer und ihre Untergruppen .....	5
1.3	Was bedeutet Entwicklung? .....	10
1.4	Die Nachhaltigen Entwicklungsziele .....	13
1.5	Bestimmung von Entwicklungsfortschritten .....	16
	Literatur .....	19
<b>2</b>	<b>Entwicklungs- und Wachstumstheorien</b> .....	21
2.1	Was fördert Entwicklung? .....	21
2.2	Außenhandel, Direktinvestitionen, Kapitalverkehr und die Rolle des Staates in der Entwicklung .....	29
	Literatur .....	35
<b>3</b>	<b>Die Nachwirkungen der Kolonialherrschaft</b> .....	37
3.1	Eine hitzige Debatte .....	37
3.2	Was lässt sich belegen? .....	39
	Literatur .....	43
<b>4</b>	<b>Die Entwicklungsländer heute</b> .....	45
4.1	Weltwirtschaftliche Schwerpunktverschiebung? .....	45
4.2	Wirtschaftliche Dynamik nach Bereichen .....	48
4.3	Ist die Euphorie in Bezug auf die bisher erreichten Entwicklungserfolge übertrieben? .....	56
	Literatur .....	58

<b>5</b>	<b>Armut</b> .....	61
5.1	Absolute Armut weltweit .....	62
5.2	Entwicklung von Armutskenziffern .....	62
5.3	Hindernisse schnelleren Armutsabbaus .....	67
5.4	Wie gelingt Armutsminderung? .....	68
	Literatur .....	71
<b>6</b>	<b>Ungleichheit von Einkommen und Vermögen</b> .....	73
6.1	Ungleichheit und Entwicklung .....	73
6.2	Messung von Ungleichheit .....	75
6.3	Die Entwicklung von Ungleichheit weltweit und innerhalb von Ländern .....	76
6.4	Maßnahmen zur besseren Verteilung .....	81
	Literatur .....	82
<b>7</b>	<b>Bildung</b> .....	85
7.1	Der Ertrag von Bildung .....	85
7.2	Bildungsausgaben und ihre Verteilung .....	89
7.3	Die Qualität der Bildung .....	92
7.4	Ursachen geringer Bildungsqualität und Möglichkeiten der Abhilfe .....	94
	Literatur .....	98
<b>8</b>	<b>Gesundheit</b> .....	101
8.1	Gesundheit und Entwicklung .....	101
8.2	Krankheitsprofil in Entwicklungsländern .....	102
8.3	Defizite im Gesundheitswesen der Entwicklungsländer .....	107
8.4	Absicherung gegen Krankheitsrisiken .....	110
8.5	Gesundheit und Ernährung .....	112
	Literatur .....	113
<b>9</b>	<b>Soziale Sicherung</b> .....	115
9.1	Was bedeutet soziale Sicherung? .....	115
9.2	Typologie sozialer Sicherung .....	116
9.3	Ursachen sozialpolitischer Aktivität .....	117
9.4	Die Empirie sozialpolitischer Leistungen im globalen Süden .....	119
9.5	Sonderfall Sozialversicherung .....	124
9.6	Ein bedingungsloses Grundeinkommen in Entwicklungsländern? .....	126
	Literatur .....	127

---

<b>10</b>	<b>Beschäftigung</b> .....	131
10.1	Beschäftigung als Entwicklungsziel .....	131
10.2	Die Beschäftigungssituation in Entwicklungsländern .....	132
10.3	Warum steigt produktive Beschäftigung in vielen Entwicklungsländern so langsam? .....	135
10.4	Beschäftigungssicherung und -politik. ....	141
	Literatur .....	142
<b>11</b>	<b>Bevölkerung</b> .....	145
11.1	Unterschiedliche Positionen zu den Entwicklungseffekten von Bevölkerungszunahme .....	145
11.2	Ursachen wachsender Bevölkerung einst und jetzt. ....	147
11.3	Gesellschaftliche Ursachen steigender/sinkender Geburtenraten .....	148
11.4	Bevölkerungswachstum global und regional .....	150
11.5	Was ist zu tun? .....	153
	Literatur .....	153
<b>12</b>	<b>Frauen und Entwicklung</b> .....	155
12.1	Entwicklungspolitischer Stellenwert der Gleichberechtigung . . .	155
12.2	Entwicklung und Gleichberechtigung. ....	157
12.3	Wo findet Diskriminierung hauptsächlich statt? .....	158
12.4	Was kann sich ändern? .....	163
	Literatur .....	166
<b>13</b>	<b>Demokratie und Entwicklung</b> .....	167
13.1	Braucht Entwicklung Demokratie? .....	167
13.2	Siegeszug der Demokratie im Globalen Süden? .....	169
13.3	Entwicklung und Demokratisierung .....	174
13.4	Höhere Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme? .....	176
	Literatur .....	179
<b>14</b>	<b>Institutionen, Regierungsführung und Entwicklung</b> .....	183
14.1	Die steile Karriere von institutionellen Ansätzen .....	183
14.2	Was ist unter Institutionen/guter Regierungsführung zu verstehen? .....	184
14.3	Der Zusammenhang von institutioneller Qualität und Ent- wicklung .....	186
14.4	Zur Empirie institutioneller Qualität. ....	188
14.5	Tieferliegende Ursachen mangelnder Institutioneller Qualität. . .	190
14.6	Der Erkenntnisgewinn des institutionellen Ansatzes .....	196
	Literatur .....	197

---

<b>15</b>	<b>Korruption</b> .....	201
15.1	Korruption als Entwicklungsbremse .....	201
15.2	Messung und Folgen von Korruption .....	202
15.3	Ursachen von Korruption und Ansatzpunkte zur Bekämpfung ..	204
	Literatur .....	207
<b>16</b>	<b>Kriege und Entwicklung</b> .....	209
16.1	Das globale Kriegsgeschehen .....	209
16.2	Kriegsursachen .....	213
16.3	Konfliktprävention und -einhegung .....	215
	Literatur .....	218
<b>17</b>	<b>Defekte Staatlichkeit</b> .....	221
17.1	Die Problematik fragiler/defekter Staatlichkeit .....	221
17.2	Was kennzeichnet fragile Staaten? .....	222
	Literatur .....	225
<b>18</b>	<b>Migration</b> .....	227
18.1	Migration und Flucht .....	227
18.2	Ausmaß von Flucht und Migration global .....	228
18.3	Ursachen von Flucht und Migration .....	230
18.4	Folgen der Migration für die Herkunftsländer .....	231
18.5	Zukunft der Migration .....	234
	Literatur .....	235
<b>19</b>	<b>Klima und Entwicklung</b> .....	237
19.1	Das globale Klimaproblem .....	237
19.2	Die internationale Klimapolitik .....	240
19.3	Schwierigkeiten klimaverträglichen kollektiven Handelns .....	243
19.4	Rechtfertigungen klimapolitischer Passivität .....	244
19.5	Eine Energiewende im globalen Süden? .....	246
19.6	Ursachen des partiellen Kurswechsels .....	250
	Literatur .....	251
<b>20</b>	<b>Entwicklungszusammenarbeit</b> .....	255
20.1	Zum Begriff der Entwicklungszusammenarbeit .....	256
20.2	Formen, Bedingungen und Träger der EZ .....	256
20.3	Volumen und Verteilung der EZ .....	257
20.4	Motive und Zielsetzungen der EZ .....	259
20.5	Probleme und Defizite der EZ .....	260

---

20.5.1	Mangelnde Vorhersehbarkeit der Zuwendungen . . . . .	261
20.5.2	Absorptionsprobleme der EZ . . . . .	261
20.5.3	Die Fragmentierung auf der Geberseite . . . . .	262
20.5.4	Die Wirksamkeit der EZ . . . . .	262
20.6	Internationale Reformbemühungen . . . . .	264
	Literatur . . . . .	266

---

## 1.1 Vorbemerkungen

Wie bei der Verfassung jeden neuen Lehrbuches stellt sich auch beim Thema Entwicklungspolitik die Frage, ob es dazu nicht schon genügend Literatur gibt, ob also die Vorlage einer Neuerscheinung wirklich so viel Neues bieten kann. Der Verfasser bejaht diese Frage natürlich, sonst hätte er sich die Mühe mit der Erarbeitung ja nicht machen müssen. Es gibt allerdings eine Reihe von sachlichen Begründungen, welche die Abfassung eines neuen Textes sinnvoll erscheinen lassen.

Erstens gibt es auf Deutsch nicht allzu viele Einführungen in das Thema. Es wird sie wohl in Zukunft auch nicht geben, weil Deutsch als Wissenschaftssprache eher eine absterbende Spezies ist, so bedauerlich uns das erscheinen mag. Entwicklungspolitische Literatur, vor allem die, welche in Bezug auf Sichtbarkeit, internationale Beachtung, freilich auch in Bezug auf Relevanz und Qualität besondere Geltung beanspruchen kann, wird kaum mehr auf deutscher Sprache veröffentlicht. Auch hiesige Autoren und Institute veröffentlichen ihre Ergebnisse mittlerweile im Wesentlichen auf Englisch. Auch aus diesem Grund verweist dieses Lehrbuch ganz überwiegend auf angelsächsische Quellen. Diese bieten eine ganze Reihe sehr brauchbarer Einführungen in die Entwicklungspolitik, freilich überwiegend in die Entwicklungsökonomie, während sozialwissenschaftlich oder politikwissenschaftlich orientierte Einführungen eher Mangelware darstellen.

Zweitens leiden die vorliegenden deutschen Einführungen unter einem banalen, aber nicht unwichtigen Defizit, nämlich ihrer geringer werdenden Aktualität. Das ist bei amerikanischen Handbüchern weniger der Fall, aber auch diese werden, wie das enorm brauchbare Werk von Todaro und Smith (2020), zumeist nur alle paar Jahre durch Hinzufügung neuerer Entwicklungen und Erkenntnisse ergänzt, wäh-

rend die Kernpassagen weitgehend erhalten bleiben. Nachlassende Gesamtaktualität der Fragestellungen ist aber gerade im Bereich der Entwicklungspolitik ein Problem. Seit mindestens zwei Jahrzehnten sind die sogenannten Entwicklungsländer (zu den Begrifflichkeiten weiter unten) wirtschaftlich rascher vorangekommen als die klassischen Industriestaaten. Sie haben sich auch in Bezug auf soziale Fortschritte dem Profil des globalen Nordens schon häufig angenähert. Beide Ländergruppen sind denselben Strukturveränderungen der Weltwirtschaft (Stichworte: Globalisierung und Digitalisierung) und globalen Problemlagen (Stichwort: Klimawandel) unterworfen und in eine sich fortlaufend verändernde internationale Arbeitsteilung mit zunehmender Aufspaltung der Wertschöpfungsketten eingebunden, einen zunehmend globalen Finanzmarkt und sie werden gemeinsam beeinflusst von regionalen und transregionalen Migrationsströmen, weltweiten Pandemien sowie internationalen Regimen und globalen, zivilgesellschaftlichen Bewegungen, so dass wir eine weitgehende globale Entgrenzung der Problemlagen feststellen können.

Drittens legen viele Einführungen zur Entwicklungspolitik das Schwergewicht auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) oder weisen bzw. dieser und den sonstigen Einflüssen der Industriestaaten auf die „Dritte Welt“ doch einen erheblichen, meines Erachtens übertriebenen Stellenwert zu. Die klassische EZ kommt aber bei den meisten Entwicklungsländern (mit Ausnahme des subsaharischen Afrikas und kleiner Inselstaaten) nur noch für einen winzigen Bruchteil der gesamtstaatlichen Investitionen oder der Haushaltsausgaben auf, kann also Fort- oder Rückschritte im „Globalen Süden“ nur sehr begrenzt erklären. Politische oder gar militärische Interventionen von Industriestaaten in Entwicklungsländern gibt es noch, sie sind aber seltener geworden und bestimmen das Konfliktgeschehen nur recht eingeschränkt. Wichtigere Einflussfaktoren sind die schon genannten internationalen Märkte, regionale und internationale Organisationen, vor allem aber die Eigentätigkeit der politischen und wirtschaftlichen Akteure in den Ländern selbst.

Viertens unterstellen viele Handbücher zur Entwicklungspolitik zumindest implizit, auch wenn sie eine zunehmende Differenzierung der Entwicklungsländer konstatieren, eine gewisse Homogenität innerhalb der Gruppen von Industrie- und Entwicklungsländern und relativ vergleichbare Stärken, Defizite und Problemlagen innerhalb dieser Gruppen und damit ihre analytische und empirische Abgrenzbarkeit voneinander. Damit geht oft noch die unterschwellige Annahme einher, dass Gruppe B (die Entwicklungsländer) von Gruppe A (den Industriestaaten) noch fast so abhängig seien wie zu Kolonialzeiten und ein Gruppenwechsel ausgeschlossen wäre. Diese Auffassungen sind aber heute völlig unangemessen. Beginnend mit den einfachsten Sachverhalten ist festzustellen, dass die Industriestaaten wirtschaftlich

nicht mehr überwiegend industriell, sondern durch moderne Dienstleistungen geprägt sind, dass etliche Entwicklungsländer – trotz der auch in einigen Schwellenländern beginnender Deindustrialisierung (Rodrik 2015) – einen ebenso hohen Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt erreicht haben. Die jährlichen Raten des wirtschaftlichen und sozialen Vorankommens sind im Globalen Süden seit mindestens zwei Jahrzehnten im Durchschnitt rascher als im Norden, so dass beide Ländergruppen sich diesbezüglich durch eine gewisse Konvergenz auszeichnen (OECD 2010, 2012), auch wenn ärmeren Entwicklungsländern dieser Aufschluss verwehrt blieb. Auch bei den internen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen kann nicht von interner Homogenität der beiden Gruppen ausgegangen werden. Wirtschaftlich gibt es etliche Industriestaaten, die durch anämisches Wachstum, hohe Außenhandels- und Haushaltsdefizite, steigende öffentliche Schulden und massive Arbeitslosigkeit bzw. die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geprägt sind. In sozialer Hinsicht gilt dies für zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und gesellschaftliche Fraktionierung, politisch in Bezug auf Geländegewinne populistischer oder schlicht autoritärer Regime. Das alles galt einst als Markenzeichen von Entwicklungsländern.

Umgekehrt haben die Entwicklungsländer international deutlich an wirtschaftlichem und politischem Gewicht gewonnen, so weit, dass man von einer entsprechenden globalen Machtverschiebung sprechen kann. Sie äußert sich wirtschaftlich im schon eingetretenen globalen Übergewicht der Entwicklungsländer im internationalen Handel, bei den privaten Direktinvestitionen, beim Energieverbrauch und daher auch bei den Klimagasemissionen. Auch technologisch haben etliche dieser Volkswirtschaften aufgeschlossen, nimmt man etwa ihren Anteil an der Produktion technologieintensiver Güter und deren Ausfuhr sowie an den internationalen Patentanmeldungen. Weltpolitisch haben vor allem die Schwellenländer an Gewicht gewonnen, haben ihren Einfluss in den internationalen Organisationen (etwa bei Weltbank und IWF) erhöht, wenn sie diese nicht gar dominieren wie viele UN-Organisationen, oder eigene, konkurrierende Organisationen (etwa die Asiatische Strukturinvestmentbank, AIIB) aufgebaut haben. Schließlich wurde oben schon ausgeführt, dass Industrie- wie Entwicklungsländer in gleicher oder ähnlicher Weise von globalen Problemen betroffen werden, diese also nur in gemeinsamer Anstrengung beider Ländergruppen gelöst werden können. Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass eine trennscharfe Zuordnung von Fort- oder Rückschritten zu einer dieser beiden Ländergruppen analytisch nicht mehr möglich ist. Zu Recht haben die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, bei aller Differenzierung, einen gemeinsamen, alle Länder der Erde einbeziehenden, globalen Ansatz.

Desungeachtet hat sich die frühere Dritte Welt fünftens weiter ausdifferenziert, von der früher unterstellten gemeinsamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tiefenstruktur kann mittlerweile kaum noch die Rede sein. Eine ganze (bis unlängst wachsende) Gruppe von Entwicklungsländern konvergiert wirtschaftlich, technologisch und politisch in Richtung industriestaatlicher Verhältnisse, eine mittlere Gruppe stagniert diesbezüglich, eine nicht ganz kleine Gruppe fällt weiter zurück. Diese Feststellung muss nicht zwangsläufig ein abfälliges Werturteil beinhalten, was viele Vertreter des Post Development-Ansatzes beanstanden würden, sondern schlicht die Feststellung, dass, gemessen an einem wie auch immer gewonnenen Maßstab (ohne den allerdings *kein* Vergleich möglich ist), Länder weiter vorne oder hinten rangieren. Diese Differenzierung wird in vielen anderen Lehrbüchern angemahnt, mitunter aber nur begrenzt verfolgt oder durch die Bildung von nicht wirklich überzeugenden Untergruppen (siehe unten) aufzufangen versucht. Besonders deutlich sind diesbezüglich die Defizite im populären Diskurs, leider auch häufig in der Presse und in regierungsamtlichen Produkten, die häufig – wie auch das deutsche Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – vorgebliche, gemeinsame Charakteristika aller Entwicklungsländer präsentieren.

Entwicklungsfortschritte unterscheiden sich sechstens freilich nicht nur in Bezug auf Ländergruppen, sondern auch nach den jeweiligen Sektoren und Problemfeldern. Auch das macht eine pauschale Herangehensweise fragwürdig. So sind etwa die Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (und innerhalb der letztgenannten Gruppe) bei der Einschulung, der Lebenserwartung und der sozialen Sicherung deutlich geschwunden, nicht aber bei der institutionellen Qualität, der Qualität von Bildungs- und Gesundheitssystemen, dem Grad mehr oder weniger guter Regierungsführung, dem inneren gesellschaftlichen Frieden und der mehr oder minder großen Konsolidierung von demokratischen bzw. dem Abbau von autokratischen Strukturen. Deshalb werden Entwicklungsprobleme in diesem Lehrbuch auf einzelne Sektoren bzw. Problemfelder heruntergebrochen. Die hierbei getroffene Auswahl ist nicht nur willkürlich, sondern orientiert sich an den in der einschlägigen Literatur aufgeführten menschlichen Grundbedürfnissen und an den 2015 im Rahmen der Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungszielen (siehe unten). Diese wurden hier lediglich ergänzt durch die Darstellung genuin politischer Entwicklungsprobleme (Institutionen, Korruption, Demokratie, Fragilität), die aus begrifflichen Gründen (mangelnder diesbezüglicher Konsensfähigkeit in den Vereinten Nationen) zu kurz kamen oder gar keine Erwähnung fanden.

Zuletzt sind die entwicklungsökonomisch orientierten Lehrbücher von amerikanischen Autoren oft einfach zu umfangreich (meist um die 900 Seiten) und zu

teuer, um eine erste Orientierung zu bieten. Sie sind allerdings oft verständlicher geschrieben als frühere deutsche Werke, wenngleich sie ebenfalls ausführliche modelltheoretische, mathematisierte Schätzgleichungen und Ableitungen enthalten. Deren Erkenntniswert ist für den fachlich Unkundigen oft nur begrenzt; die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen können auch schlichter präsentiert werden.

Ob das vorliegende Lehrbuch den aufgeführten Anforderungen einigermaßen gerecht wird, möge der Leser beurteilen.

---

## 1.2 Entwicklungsländer und ihre Untergruppen

In den letzten 25 Jahren hat sich das Gesicht der Weltwirtschaft und der Weltpolitik deutlich verändert. Dies ist neben den technologischen Veränderungen in großem Maße dem wachsenden Gewicht einer Reihe von Entwicklungsländern zuzuschreiben. Durch den Aufstieg Chinas, vorher der sogenannten Tigerstaaten (also von Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur), später Indiens und der übrigen asiatischen Staaten hat sich der weltwirtschaftliche Schwerpunkt in den asiatisch-pazifischen Raum verschoben. Damit wurde auch eine deutliche Umkehr des früheren Abstiegs der eben genannten Länder (vor allem seit der industriellen Revolution im Norden) bewirkt, eine Tatsache, die auch zu wachsendem politischem Selbstbewusstsein in aufstrebenden Volkswirtschaften geführt hat und deren Bewohner den auch durch Umfragen bestätigten Eindruck vermitteln, zu den Gewinnern der Globalisierung zu gehören. Andere Regionen konnten im globalen Wettbewerb zwar nicht im vergleichbaren Maße mithalten – am wenigsten das subsaharische Afrika. Aber selbst dort finden wir prosperierende Staaten und flächendeckende Besserung der Sozialindikatoren, wenn auch auf einem eher noch bescheidenen Niveau.

Insgesamt vollzog sich der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in den Entwicklungsländern aber vor allem ab den 1990er-Jahren wesentlich schneller als zuvor und schneller als seinerzeit in den heute etablierten Industriestaaten zu Zeiten deren Wachstumsbeschleunigung. Dieser Fortschritt im Globalen Süden kann daher historisch – also gemessen am Zeitraum, in dem dies geschah – als beispiellos angesehen werden. Es ist auch nicht so, als würde er sich ausschließlich bei einem kleinen Teil der Bevölkerung, also der wirtschaftlichen und politischen Elite bemerkbar machen. Auch bei der Restbevölkerung hat sich steigendes Wachstum im Rückgang absoluter Armut und in der Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitsindikatoren niedergeschlagen. Rechnerisch hätte dies allenfalls eine enorme Steigerung der innergesellschaftlichen Ungleichheit verhindern können. Das heißt nun mitnichten, dass alles durch entschlossene, breitenorientierte Wirtschafts- und

Sozialpolitik nicht hätte besser werden können, oder dass diejenigen, die es über die Schwelle absoluter Armut geschafft haben, in annähernd ähnlichem Wohlstand oder ähnlicher menschlicher Sicherheit wie im globalen Norden leben würden. Es heißt vielmehr, dass absolutes menschliches Elend zurückgedrängt wurde auf freilich nicht unbedeutende, stagnierende oder unfriedliche, fragile Restgebiete der Erde. Es zeigt aber erneut, dass die binäre Einteilung der Welt in entwickelte und unterentwickelte Gesellschaften fragwürdig geworden ist.

Die Aufhellung der Lage in vielen, einst armen Staaten darf nicht vergessen lassen, dass sie unter dem leider nicht nachlassenden Risiko dramatischer Verschlechterungen des Weltklimas, der Verschlechterung der übrigen ökologischen Grundlagen gesellschaftlicher Existenz und der zunehmenden Erschöpfung von Ressourcen (Wasser, Energiequellen, Rohstoffe) stehen. Auch die jetzige COVID-19-Pandemie verweist auf mögliche und schon eingetretene Beeinträchtigungen in der stärker zusammengewachsenen „Weltrisikogesellschaft“. Schließlich ist es auch alles andere als gewiss, dass nicht ein Teil der möglichen weiteren Verbesserung der globalen Lebensbedingungen durch verschärfte internationale Krisen, befeuert durch die Zunahme nationalistischer, protektionistischer Bewegungen, verspielt werden könnte. Diese Risiken betreffen allerdings fortgeschrittene und mehr oder weniger aufschließende Gesellschaften in ähnlicher Weise. Auch dies spricht gegen eine gedanklich fortgesetzte Zweiteilung der Welt.

Es ist damit zusammenhängend die Frage, ob die Fassung aller Regionen im Globalen Süden unter den gemeinsamen Sammelbegriff „Entwicklungsländer“ oder „Globaler Süden“ oder gar „Dritte Welt“ und „Blockfreie Staaten“ noch einen sonderlichen gedanklichen Mehrwert bietet. Blockfreiheit und Dritte Welt sind Termini, die eigentlich nur als politische Kategorie während des Ost-West-Konflikts begrenzten Sinn machten. Mit dem Zusammenbruch des östlichen, sozialistischen Staatensystems ist uns die „Zweite Welt“ abhandengekommen. Damit ist auch der Stellenwert von Blockfreiheit, also der staatliche und wirtschaftliche Aufbau jenseits der kapitalistischen, marktwirtschaftlichen, oder planwirtschaftlicher, zu jeweiligen Militärallianzen zusammengeführter Staaten, massiv erodiert, wengleich die Bewegung der Blockfreien (gegründet 1964) noch ein weltpolitisches Schattendasein fristet. Ihr hatten nie alle Entwicklungsländer angehört und etliche Mitglieder (etwa Kuba) waren nicht wirklich blockfrei. Mit der Differenzierung der Entwicklungsländer verbunden ist auch der Zusammenschluss zur Gruppe der 77 noch brüchiger geworden. Diese Gruppe war einstmals eine starke Interessengemeinschaft der Entwicklungsländer für den Kampf um bessere Startbedingungen in der Weltwirtschaft. Sie zeigte aber ab Anfang der 1980er-Jahre im Zuge der Verschuldungskrise starke Erosionserscheinungen, dient heute praktisch nur noch der Abwehr von Forderungen der westlichen Staaten an die Gesamtheit der

Entwicklungsländer (etwa in Bezug auf die Beteiligung an der Minderung von Klimagasemissionen). Politisch und wirtschaftlich bedeutsamer sind heute Allianzen einzelner Staatengruppen von Entwicklungsländern in regionalen Gemeinschaften, Aktionsbündnissen und Freihandelszonen, oftmals auch unter Einschluss von Industriestaaten (etwa in der USMCA, der Nachfolgeorganisation des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens, NAFTA). Fazit: Eine *politisch* relevante Zweiteilung der Welt in mehr oder weniger entwickelte Staaten mit relativ identischen globalen Zielsetzungen gibt es nicht mehr wirklich.

Auch die neuere Bezeichnung „Globaler Süden“ oder „Globaler Norden“ für die beiden Gruppen von Industrie- bzw. Entwicklungsländern macht wenig Sinn, weil sich etliche traditionelle Industriestaaten (Australien, Japan und Neuseeland) geografisch auf der südlichen Erdhemisphäre befinden, weil manche Staaten des Südens zum Norden aufgeschlossen haben (am frühesten die Tigerstaaten in Ostasien) und/oder Mitglieder der OECD wurden, dem früher exklusiven Klub der Industrieländer (Chile, Israel, Mexiko und Südkorea), etliche Länder im Norden (etwa die ex-sozialistischen Staaten in Osteuropa und Zentralasien) nach der weltpolitischen Wende 1989 ff. eine teilweise nur wenig dynamische Entwicklung aufwiesen, ergänzt durch krisenhafte Entwicklung bei anderen Industriestaaten später (etwa Griechenland und Italien).

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass sich die Entwicklungsländer nach Entwicklungsstand, wirtschaftlicher Struktur und Wachstum und nach Staatlichkeit, Regierungsführung und demokratischem Fortschritt erheblich ausdifferenzieren haben, die Unterschiede innerhalb des Südens diesbezüglich erheblich größer geworden sind als zwischen Nord und Süd insgesamt. Daher tut man sich schwer, gemeinsame wirtschaftliche, politische und soziale Merkmale zu identifizieren. Das versuchen allerdings noch einzelne EZ-Agenturen (wie das deutsche Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit) oder die von Entwicklungsländern dominierte UNCTAD (2019). Sie tun dies aus nachvollziehbaren Gründen – etwa zur Wahrung der Aktionseinheit des Südens oder zur Rechtfertigung fortgesetzter EZ an weiter fortgeschrittene Länder – die aber sachlich nicht wirklich tragen.

Man kann es sich einfach machen und alle Staaten als Entwicklungsländer klassifizieren, die von den Vereinten Nationen als solche eingruppiert werden (wie etwa bei den internationalen Klimaverhandlungen) – das werden außer den traditionellen Industriestaaten alle – oder deren gegenüber Marktbedingungen vergünstigte Unterstützung durch andere Staaten vom Entwicklungsausschuss der OECD als Entwicklungszusammenarbeit (EZ) anerkannt wird. Das sind aktuell 141 Staaten. Einige reiche Entwicklungsländer mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 12.235 Dollar (zu Preisen von 2016) wurden aus dieser Liste bereits ge-

strichen. Es bleiben aber immer noch sehr viele Staaten übrig, die ihre Entwicklung aus volkswirtschaftlicher Sicht eigentlich auch durch Mittelaufnahme an den Kapitalmärkten finanzieren könnten.

Angesichts der Schwierigkeit, einen passenden universalen Terminus für alle Entwicklungsländer zu finden, sind viele Autoren oder Agenturen der EZ dazu übergegangen, Untergruppen zu bilden. Auch deren Abgrenzung ist freilich wenig trennscharf. Zu den bekanntesten Untergruppen gehören:

- a. Jene der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs). In dieser, schon 1971 von der UN-Vollversammlung gebildeten Kategorie befinden sich zur Zeit 47 Entwicklungsländer (hauptsächlich im subsaharischen Afrika, dazu Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Haiti, Laos, Nepal und einige kleine Inselstaaten), als deren gemeinsame Merkmale anfangs extrem niedriges Einkommen, niedriger Industrialisierungsgrad und geringe Alphabetisierungsrate (unter 20 Prozent der Bevölkerung) formuliert wurden, später modifiziert und ergänzt durch einen Index wirtschaftlicher Verwundbarkeit, etwa durch Instabilität der Exporterlöse und der Agrarproduktion (Nuscheler 2012). Mit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe sind gegenüber dem Rest der Entwicklungsländer vergünstigte Bedingungen der EZ und Handelspräferenzen seitens der Industriestaaten verbunden. Kein armes Land ist daher darauf erpicht, aus dieser (periodisch überarbeiteten Liste) ausgeschlossen zu werden. Einige der als am wenigsten entwickelten Staaten (Äthiopien, Bangladesch, Ruanda) haben sich in den letzten Jahren aber recht dynamisch entwickelt, was nicht unbedingt für fortgesetzte Sonderbehandlung spricht.
- b. Die hochverschuldeten Länder umfassen eine Gruppe von aktuell 39 Entwicklungsländern (mehrheitlich in Afrika), deren Bildung von der Weltbank und dem IWF, vor allem auf Druck von Nichtregierungsorganisationen beschlossen wurde. Um in diese Gruppe aufgenommen zu werden, sollten diese Staaten ein nicht tragbares Maß an Verschuldung (150 Prozent der Exporterlöse und 250 Prozent der Staatseinnahmen) aufweisen. Die über diesem Maß liegenden Schulden sollten ihnen erlassen werden, wenn sie sich durch bestimmte, vom IWF und der Weltbank gesetzte Konditionen im Rahmen eines armutsorientierten Anpassungsprogramms dafür qualifizieren. Die Kosten sollten dabei hälftig von den beiden genannten Organisationen und kreditgebenden Industrieländern getragen werden. Fast alle hoch verschuldeten Länder sind in den Genuss dieses Programms gekommen. Auch die Eingliederung in diese Gruppe war nicht ganz unproblematisch, weil der Schuldenaufbau eine mäßig effektive Wirtschaftspolitik reflektierte und weil der Schuldenerlass daher nicht garantierte, dass die Verschuldungsspirale sich nicht alsbald – angesichts anhaltender

Leistungsbilanzdefizite – erneut in Gang setzen würde. Genau dies ist aber mittlerweile eingetreten.

- c. Es gibt noch eine Reihe anderer Klassifikationen von Entwicklungsländern; etwa die Gruppe der Staaten ohne Zugang zum Meer oder diejenige der kleinen Inselstaaten (Association of Small Island States, AOSIS). Beide Bezeichnungen erklären sich von selbst. Dazu kommen die LICUS- (Low Income Countries Under Stress) Staaten, als die seit Ende der 1990er-Jahre Länder mit fragiler oder vollständig erodierter Staatlichkeit (im Wesentlichen aufgrund von Bürgerkriegen) bezeichnet werden. Deren Zahl schwankt erheblich je nach Quelle. Ihre Problematik wird in einem eigenen Kapitel behandelt.
- d. Hoffnungsvoller ist die Bezeichnung einer weiteren Gruppe, nämlich der sogenannten Schwellenländer, in die unterschiedlich viele Staaten eingruppiert werden. Der Begriff bezeichnet Länder, die in ihrem Profil ganz oder fast zu den Industrieländern aufgeschlossen haben. Eindeutige Abgrenzungskriterien für diese Volkswirtschaften gibt es nicht, zumal auch manche der so klassifizierten Länder (etwa Argentinien, Brasilien und Südafrika) dauernd auf der Schwelle verharren. Sie wurden zuweilen auch als „Newly Industrializing Countries“ (NICs) oder neuerdings als aufstrebende Volkswirtschaften (emerging economies) bezeichnet und von den etablierten Industriestaaten und den ärmeren Nachbarn seit Kurzem auch zur Beteiligung an den Kosten globaler Programme zu beteiligen versucht. Das senkt die Attraktivität der Zugehörigkeit.

Der bisherige Überblick zeigt, dass man auch mit der Bildung von Unterkategorien nicht viel weiterkommt, vor allem dann nicht, wenn diese statisch aufgefasst werden. Der Zu- oder Abgang in oder aus diesen Gruppen ist aber kein ganz seltenes Phänomen. Besser wäre es daher, man würde dynamische Kategorien verwenden. Man kann wie die Weltbank – in einer etwas schlichten Version – Entwicklungsländer in ärmste, in solche mit niedrigem, mittlerem (der unteren und oberen Kategorie) und hohem Einkommen einteilen. Das erlaubt, dass Volkswirtschaften die jeweilige Zuordnung wechseln können, erlaubt auch die periodische Anhebung der zugrunde liegenden Schwellenwerte. Schon etwas aufwendiger, aber auch erhellender, sind dynamische Kategorien nach dem Maß der Annäherung von Entwicklungsländern an das Pro-Kopf-Einkommen der Industriestaaten (unter Beachtung des wachsenden oder sinkenden Anteils der ärmsten 40 Prozent am Volkseinkommen), sieht man einmal davon ab, dass sich Entwicklung dann definitiv auf wirtschaftliches Wachstum reduziert (World Bank 2016, 2018). Ein anderer Versuch der OECD (2010, 2012) klassifiziert Entwicklungsländer nach den in Abschnitten von je einer Dekade gemachten Fortschritten (gemessen am Stand der Industriestaaten) und erreicht so eine Vierteilung in bereits wohlhabende, zwei

Gruppen von sich abmühenden (*struggling*) und eine Gruppe von armen, zurückbleibenden Ländern. Auch dieser Versuch reduziert Entwicklung auf Wachstum nach dem Muster des Globalen Nordens.

Mangels wirklich überzeugender Alternativen zu den etablierten Begriffen und der nur begrenzten Wichtigkeit von Klassifikationsversuchen sollen daher im folgenden Text die Begriffe „Entwicklungsländer“, „Dritte Welt“ und „Globaler Süden“ beibehalten und relativ unterschiedslos gebraucht werden. Dabei ist immer wieder zu bedenken, dass wie auch immer gebildete Gruppen keine Homogenität ihrer Mitglieder aufweisen in Bezug auf identische Startvoraussetzungen, gleichlaufende Entwicklungsstrategien und noch weniger in Bezug auf vergleichbare Entwicklungsergebnisse. Dies wird im Text hoffentlich deutlich werden.

---

### 1.3 Was bedeutet Entwicklung?

Der Begriff Entwicklung beschreibt eine schrittweise Entfaltung der eigenen/gesellschaftlichen Fähigkeiten und Anlagen – natürlich vor allem durch Selbsthilfe. Schon diese Aussage macht eine über alle Zeiten und Räume gültige Definition des Begriffes „Entwicklung“ unmöglich, denn sie würde den jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen nicht gerecht und wäre damit ahistorisch. Jede Definition ist zwangsläufig auch normativ, abhängig von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen in Raum und Zeit.

In der anfänglichen Entwicklungsdiskussion nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Entwicklung oft verkürzt als das Erreichen dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums definiert, bei einer schnelleren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion als jene der Bevölkerungszunahme. Der Entwicklungsbegriff beinhaltete auch die Vorstellung von geplantem wirtschaftlichem Strukturwandel, also die Verlagerung der Wachstumspole von der Landwirtschaft zunächst auf die Industrie und erst deutlich später auf den Sektor moderne Dienstleistungen, weshalb internationale Entwicklungsstrategien früher vornehmlich auf Industrialisierung abzielten. Verteilungsfragen wurden anfangs ausgeklammert; allgemein herrschte die Ansicht vor, dass sich Armut und Arbeitslosigkeit mit beschleunigtem Wirtschaftswachstum von selbst erledigen würden, durch Durchsickern der Wachstumsgewinne auch auf die ärmeren Schichten (*sogeannter trickle down*-Effekt). Eine Verschlechterung der Einkommensverteilung sollte anfangs – zur Belohnung unternehmerischer Initiative – hingenommen werden, galt als unvermeidliches Übergangsphänomen. Diese Vorstellungen gründeten sich auf die teilweise mehr anekdotisch wahrgenommenen Entwicklungsprozesse im Norden – Prozesse, die es aus Sicht der damaligen Entscheidungsträger daher nachzuahmen galt.

Ein derart verengtes, allein auf Wirtschaftswachstum und Industrialisierung und die einschlägigen Erfahrungen der etablierten Industriestaaten konzentriertes Verständnis von Entwicklung blieb nicht lange unwidersprochen. Das hatte in erster Linie damit zu tun, dass die durchaus eintretende Wachstumsbeschleunigung in den weniger entwickelten Volkswirtschaften in den gesamten 1950er- und 1960er-Jahren nur begrenzt positive Effekte für die untere Hälfte der Bevölkerung hatte, an den Lebensverhältnissen der Armen sich also trotz gesamtwirtschaftlichem Wachstum wenig änderte. Die Weltbank und andere Entwicklungsorganisationen propagierten daher ab 1973 einen direkten Angriff auf die Beseitigung der Armut, in erster Linie durch Förderung der kleinbäuerlichen Produktion, in zweiter Linie der arbeitsintensive Klein- und Mittelindustrie. Das war aus damaliger Sicht ein spektakulärer Kurswechsel; seine Umsetzung war aber nicht flächendeckend, Land- und Beschäftigungslose waren dadurch auch nicht zu erreichen.

Zweitens garantierte die Besserung der Einkommenssituation nicht notwendigerweise, dass auch andere sozioökonomische Grundbedürfnisse wie etwa Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und Wohnraum gestillt wurden, wenn dafür staatlicherseits oder privat keine Vorsorge getroffen wurde oder werden konnte. Das ist die Basis für das später (ab Mitte der 1970er-Jahre) propagierte „Grundbedürfniskonzept“ bzw. den multidimensionalen Ansatz in der Armutforschung.

Entwicklungsexperten begannen danach auch – namentlich der spätere Nobelpreisträger Amartya Sen (2001) – Entwicklung nicht mehr als stationären Zustand zu begreifen, sondern als Prozess, der Menschen und Gesellschaften Fähigkeiten und Verfügungsrechte verschafft, d. h. diese in die Lage versetzen soll, ihre Lebensumstände selbsttätig zu verbessern. Denn was nützt materieller Wohlstand allein bei persönlicher und gesellschaftlicher Abhängigkeit, Unfreiheit und bei Mängeln an Sicherheit sowie politischer Mitsprache? Es gibt eben neben landläufig verstandener Armut auch den Ausschluss aus dem politischen, sozialen und kulturellen Leben (Exklusion), der die materielle Armut verschärft beziehungsweise ihre Überwindung nahezu unmöglich macht. Wirtschaftliches Wachstum kann für Länder deshalb nur ein notwendiges, keinesfalls aber hinreichendes Mittel sein, um weiter gesteckte Ziele wie etwa die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben aus eigener Kraft zu ermöglichen. Diese Auffassung ist heute nahezu Allgemeingut aller relevanten Entwicklungsexperten und -organisationen.

Freilich trat diese Sichtweise im Zuge der Verschuldungskrise einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern (ab 1982) zeitweilig in den Hintergrund zugunsten von Bemühungen, diese Krise durch marktorientierte Strukturanpassungsreformen zu überwinden. Das bedeutete auch, dass der bisher prominente Stellenwert staatlicher Wirtschaftslenkung und die Abschirmung des Binnenmarkts gegenüber ausländischer Konkurrenz an theoretischer Attraktivität verlor. Die in diesem An-

passungsprozess auferlegten Bedingungen für finanzielle Überbrückungshilfen beinhalteten zweifelsohne erhebliche Härten, schränkten auch die Souveränität der Schuldner über ihre eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, auch wenn man sehen muss, dass es hierzu keine Alternative gab. Im Zeitablauf – leider etwas spät – wurden die Auflagen immerhin flexibilisiert, verringert und wieder stärker auf die Armutslinderung fokussiert. Auch die Rolle des Staates im Entwicklungsprozess erfuhr intellektuell eine deutliche Rehabilitierung, diejenige marktradikaler Rezepte eine entsprechende Abwertung.

Mit der weltpolitischen Wende 1989 ff. rückten verstärkt die politischen Inhalte und Bedingungsfaktoren erfolgreicher Entwicklung in den Vordergrund, konkret: die Beteiligung der eigentlichen Zielgruppen – also der Bevölkerungen vor Ort – an der Planung und wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen, ausgedrückt in Dezentralisierung des Staatsapparates, der Aktivierung der Zivilgesellschaft und natürlich auch in politischer Öffnung/Demokratisierung. Nur kurze Zeit später machten wieder häufigere Bürgerkriege im Global Süden und die Zunahme terroristischer Anschläge deutlich, dass Entwicklung ohne Sicherheit nicht vorstellbar ist. Zuletzt machten die Erwärmung der Erdatmosphäre, zunehmende Luftverschmutzung, die Abnahme der Artenvielfalt usw. deutlich, dass Entwicklung auch nachhaltig sein muss.

Fazit: Die Bedeutung des Entwicklungsbegriffs erfuhr eine stetige inhaltliche Ausweitung, er ist heute multidimensional zu verstehen, wurde von deutschen Experten als „magisches Fünfeck“ (Nuscheler 2012) bzw. oder, in Bezug auf die Wahrung inneren Friedens, als „zivilisatorisches Hexagon“ (Senghaas 2004) definiert, dessen fünf oder sechs Ecken gleiche Geltung beanspruchen können und nur gemeinsam Entwicklung sicherstellen.

Es gibt neuerdings eine ganze Reihe von Entwicklungsexperten, die mit einem noch weiter gesteckten Entwicklungskonzept arbeiten (mit „*happiness*“, also der Zufriedenheit der Menschen mit den eigenen Lebensumständen). Ihre Untersuchungen zeigen, dass diese Zufriedenheit zwar mit dem Einkommen deutlich steigt, aber in abnehmendem Maße und jenseits des Pro-Kopf-Einkommens in besonders wohlhabenden Staaten gar nicht mehr (Helliwell et al. 2020). Subjektiv empfundenen Glück oder Zufriedenheit wird nicht nur durch Einkommen, sondern unter anderem auch durch Gesundheit, persönliche Bindungen und Freiheiten gefördert. Das ist aber kein Grund, ausreichendes Einkommen und dessen durch wirtschaftliche Entwicklung mögliche Mehrung als für das individuelle Wohlbefinden völlig belanglos oder fremdbestimmt einzugruppieren.

Diesen Eindruck vermitteln Wissenschaftler, die den westlich beeinflussten Entwicklungsbegriff generell als fragwürdiges Konzept ansehen, das umzusetzen sie weder für erstrebenswert noch weltweit für möglich halten (etwa wegen der aus